

50 Jahre indische Außenpolitik

Von der Blockfreiheit zur Westorientierung

von Bernd Basting

Am 15./16. August 1947 fand der langwährende Unabhängigkeitskampf des indischen Volkes mit der Ausrufung der Republik Indien seinen erfolgreichen Abschluß. Die Teilung Britisch-Indiens in Indien und Pakistan war ein hoher Preis der Freiheit, der künftig einen latenten Konflikt in der bevölkerungsreichen Weltregion Südasien determinieren sollte. Das von vielhundertjähriger kolonialer Unterdrückung befreite Indien fand sich plötzlich in der Rolle eines souverän agierenden internationalen politischen Akteurs, der nun eigenverantwortlich seine nationalen Interessen im internationalen Kräftespiel zu verwirklichen suchen konnte. Die folgende Artikel will ein Profil indischer Außenpolitik in fünf Dekaden zeichnen. Dabei wird versucht, die wichtigsten Konstanten und strukturellen Veränderungen außenpolitischen Handelns indischer Regierungen von Nehru bis Gujral zu erhellen. Sinnvoll erschien deshalb eine chronologisch-analytische Darstellung des außenpolitischen Agierens des größten Staates in Südasien.

Die Tatsache, daß indische Außenpolitik fast immer in den Händen der jeweiligen Premierminister gelegen hat (und liegt) - mit Ausnahme der hier vernachlässigbaren kurzen Amtszeiten von Nicht-'Congress'-Administrationen, die ausschließlich innenpolitisch orientiert waren - rechtfertigt eine Einteilung der Untersuchungschronologie in die Amtszeiten der verschiedenen Regierungschefs.

Die Ära Nehru

Der erste Premierminister Indiens, Jawaharlal Nehru, war als einer der neben Gandhi führenden Protagonisten der Freiheitsbewegung geprägt von radikal antiimperialistischen Sentiments, die ihm eine Integration Indiens in einer der schnell entstehenden Blöcke des Ostens und des Westens für unmöglich erscheinen ließen. "non-alignment" - Blockfreiheit - war stattdessen die Devise der Stunde. Ein 'Dritter Weg' jenseits des sich anbahnenden Ost-West-Antagonismus sollte beschritten werden; dies nicht allein, sondern im lose geflochtenen Verein mit anderen dekolonisierten Ländern Asiens und Afrikas.

Die befreiten neuen Staaten des Südens sollten endlich eine eigene gewichtige Stimme im Chor der Nationen der Welt erhalten und ein gleichberechtigtes Mitspracherecht in internationalen Angelegenheiten erfechten.

Nehru inthronisierte sich, wie alle indischen Premiers der 'Congress'-Partei

nach ihm, auch als Außenminister. Er war vorher auch schon der außenpolitische Sprecher der 'Congress'-Bewegung gewesen. Sein Verhalten in diesem Amt wurde daher von vielen Beobachtern des Auslands als ein von den moralischen Prinzipien des Freiheitskampfes bestimmtes angesehen. Doch bei genauerer Betrachtung erweist es sich eher als ein von puren pragmatischen Zielen angetriebenes. Als Nehrus prioritäre Intention zeigt sich in der Rückschau, Indien in konkreten Konfliktfällen so selbständig und unabhängig zu halten, daß es jeweils diejenige Option wählen und Entscheidung treffen konnte, die seinen eigenen Interessen am ehesten entsprach. Daher verbot sich für ihn auch die Konstituierung eines 'Dritten Blocks' der afro-asiatischen Länder. Immer wieder betonte er: "The non-aligned nations should remain non-aligned among themselves!"

Der damalige amerikanische Außenminister John Foster Dulles bewertete indes die indische Blockfreiheit als

"unmoralisch", da er durch eine global angelegte Paktstrategie der Ausbreitung des Kommunismus Einhalt gebieten wollte und Delhi, trotz demokratischer Verfaßtheit, dafür nicht gewinnen konnte.

Bei anderen Staaten wahrte bzw. erhöhte Indien sein Ansehen, indem es sehr engagiert als Vermittler in diversen internationalen Krisenherden auftrat und sich auch an den ersten Versuchen der Vereinten Nationen beteiligte, Nuklearwaffenabkommen zu realisieren.

Während des Korea-Krieges setzte sich die Nehru-Administration erfolgreich für dessen lokale Begrenzung ein. Nach Kriegsende spielte man eine relevante Rolle bei der Frage der Repatriierung der koreanischen Kriegsgefangenen. Zudem erleichterte Delhi auf der Genfer Konferenz 1954 - in Gestalt von Nehrus engem Mitarbeiter Krishna Menon - die Lösung der Indochina-Krise, sprich: die Neutralisierung der Region. Indien wurde auch mit dem Vorsitz in der dafür einberufenen Kontrollkommission betraut.

Die Bemühungen Indiens, Moderator in internationalen Konfliktsituationen zu sein, entspannte sein Verhältnis gegenüber den Vereinten Nationen, welches schon früh nach der Unabhängigkeit 1947 durch den ersten indopakistanischen Krieg um Kaschmir belastet worden war.

Der Einfall pathanischer Stammeskrieger aus Pakistan in das von dem Hindu-Fürsten Hari Singh regierte, überwiegend muslimisch bevölkerte Kaschmir im Oktober 1947 entfesselte einen permanenten Antagonismus zwischen Indien und Pakistan, der in drei Kriegen ausgegossen wurde, bis heute zehntausenden von Menschen das Leben gekostet hat und die aktuellen Beziehungen der beiden großen südasiatischen Nachbarstaaten trübt. Dieser Auftakt der gewaltsamen Auseinandersetzungen um Kaschmir mündete am 1. Januar 1949 zunächst einmal in einen Waffenstillstand und die Teilung des Fürstentums in ein jeweils von Indien und von Pakistan kontrolliertes Territorium. Eine UN-Resolution forderte daraufhin ein Referendum der kaschmirischen Bevölkerung um ihren künftigen staatlichen Verbleib.



Indiens erster Premier Nehru (Foto: Archiv)

Nehru, für dessen Familie das Kaschmir-Tal seit je Heimat gewesen ist, betrachtete die Region als integralen Bestandteil Indiens und weigerte sich, einen Volksentscheid abzuhalten. Nach außen hin stellte er es so dar, daß die Entscheidung auf einen künftigen Zeitpunkt verschoben werden sollte.

Wegen des zündelnden Konflikts wandte sich Pakistan bald an die USA und trat westlichen Verteidigungsbündnissen wie dem Südostasienpakt (SEATO) und dem Mittelpakt (CENTO) bei. Darüberhinaus gelingt ihm eine Annäherung an China.

Nehru hingegen verfolgt zunächst weiterhin seine non-alignment-Politik, die in der 1. Konferenz der Blockfreien im indonesischen Bandung 1952 einen Höhepunkt findet. Als das Credo der blockfreien Nationen, das ihnen eigenes politisches Gewicht verleihen und dazu beitragen sollte, den Weltfrieden zu erhalten, werden die sogenannten "Fünf Grundsätze" (Panchashila) formuliert: 1. Gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität. 2. Verzicht auf Aggression. 3. Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. 4. Gleichheit und gegenseitiger Nutzen. 5. Friedliche Koexistenz.

Neben Ägypten (unter Nasser) und Jugoslawien (Tito) war es vor allem die VR China, die Nehru scheinbar als Hauptmentor der Blockfreiheit gewinnen konnte. Die von ihm gewünschte Achse Delhi-Peking sollte die Speerspitze der antiimperialistischen Bewegung bilden. Nehru spricht zu diesem Zeitpunkt von Asien als einer "Zone des Friedens", in die Konflikte nur von externen Imperialisten hineingetragen würden.

Doch es kam anders. Es war China, das einige Jahre nach Bandung die hehren Grundsätze friedlicher Koexistenz in Asien mit Füßen treten sollte, indem es 1962 mit Indien einen Grenzkrieg vom Zaun brach. Chinesische Truppen fielen im Nordosten in die Ebenen von Assam und im Norden ins Aksai-Chin-Gebiet ein. Letzteres sollte den Chinesen als Ort des Teils einer Ringstraße dienen, mit deren Bau man bereits begonnen hatte. Mittels der großen Ringstraße, die von China nach Tibet, von dort über das Karakorum-Gebirge nach Sinkiang und weiter über die Mongolei zurück nach China führte, intendierte China, die zentralasiatischen Regionen seines Riesenreiches einschließlich Tibet besser beherrschen zu können. An einer strategisch

relevanten Stelle ragte das indische Aksai-Chin in diesen Ring hinein und formte eine Barriere, durch die die Chinesen gezwungen worden wären, einen großen Umweg über die menschenfeindliche Takla-Makan-Wüste zu machen. Der Nadelstich im Nordosten - die Überschreitung der 1914 fixierten McMahon-Linie - diente Peking weniger dazu, die Himalaya-Grenze wirklich in Frage zu stellen, als vielmehr eine starke Verhandlungsposition für eine Grenzbegradigung in Aksai-Chin aufzubauen.

Der für China erfolgreich verlaufende Demonstrationkrieg demütigte Indien militärisch wie politisch aufs äußerste. Er markierte einen unerwarteten Tiefpunkt der außenpolitischen Karriere Nehrus, die mit der von ihm dominierten 2. Konferenz der Blockfreien in Belgrad und der Befreiung Goas von portugiesischer Kolonialherrschaft nur ein Jahr zuvor eigentlich noch einmal einen zusätzlichen Glanz bekommen hatte. Sein Traum einer von China und Indien, den beiden großen Zivilisationen Asiens, angeführten Blockfreien-Bewegung erstarb im menschenleeren, chinesisch gewordenen Aksai-Chin-Gebiet. Die indische Außenpolitik, sofern sie antikolonial und südgerichtet war, hatte sich neu zu orientieren.

Nehru stirbt 1964, nach über 17jähriger Regierungszeit. Der traumatische Gesichtsverlust Indiens gegenüber dem konkurrierenden asiatischen Riesen China mußten seine Nachfolger wettmachen suchen.

Die Ära Lal Bahadur Shastri

Eine Gelegenheit dazu ergab sich be-

reits wenige Monate später, als Pakistan unter Ayub Khan 1965 mit der "Operation Grand Slam" eine erneute Intervention in Kaschmir wagte: mit einem blitzschnellen Panzerangriff trachtete man, Indiens einzige Verbindungsstraße nach Kaschmir abzuschneiden.

Der Nachfolger Nehrus, Lal Bahadur Shastri, befahl einen Gegenangriff auf Lahore. Bald bot sich die Sowjetunion als Schlichter an und in Taschkent wurden Waffenstillstandsverhandlungen aufgenommen. Delhi offerierte den Abzug seiner Truppen von pakistanischem Boden gegen eine formelle Erklärung des Gegners über einen künftigen Gewaltverzicht. Ayub Khan willigte ein und bestätigte damit Pakistans Niederlage.

Die für Indien mit einem militärischen Sieg und einem politischen Prestigegegewinn endenden Verhandlungen von Taschkent nahmen aber den vorher außenpolitisch völlig unerfahrenen Shastri physisch so in Anspruch, daß er noch am Verhandlungsort einem Herzinfarkt erlag.

Die Ära Indira Gandhi

Indira Gandhi, die Tochter Nehrus, hatte bereits nach dem Tode von Nehrus Frau in der Rolle der 'Quasi-First Lady' - sie begleitete ihren Vater auf allen wichtigen Auslandsreisen - eine gewisse außenpolitische Schulung durchgemacht. Ab 1966 konnte sie dann selbstverantwortlich agieren und tat dies mit unerwarteter Vehemenz.

Unter dem Eindruck der beiden Kriege mit China und Pakistan konturierte sich in Delhi eine Bedrohungsperzeption, die ein systematisches Aufrüsten der konventionellen Streitkräfte und ab 1974 - seit Zündung der ersten indischen Atombombe - auch verstärkt Forschungs- und Entwicklungsarbeit im Nuklearwaffenbereich nach sich zog.

Die sich im Frühjahr 1971 anbahnende Krise zwischen Ost- und Westpakistan, die überraschenden Avancen der USA unter Nixon an die VR China und deren Unterstützung Pakistans verlangten von Indien, ein Gegengewicht zu schaffen, welches bald ein "strategisches Viereck" generieren sollte. Zwar wollte Indira Gandhi für ihr Land die Blockfreiheit bewahren, doch sie war taktische Machtpolitikerin genug, um die Notwendigkeit einer strategischen Absicherung für Indien zu erkennen.

So war es nur folgerichtig, daß sie der Einladung Moskaus entsprach und in den Abschluß des sowjetisch-indischen Vertrages "über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit" vom 9. August 1971 einwilligte. Durch die darin eingebaute Sicherheitsklausel des Artikel IX über sofortige gegenseitige Konsultationen im Falle einer militärischen Aggression

Dritter bekommt Delhi den Rücken frei für eine aktive Intervention in der Pakistan-Krise.

Indira Gandhi unterstützt Mujibur Rahmans separatistische Bengalen-Bewegung für einen eigenen Staat: sie entsendet die indische Marine in das Kriegsgebiet im Osten. Denn der Freundschaftsvertrag bietet ihr nun die Gewähr, daß die Sowjetunion mit ihrem Veto im UN-Sicherheitsrat Indien diplomatisch bei einer Involvierung in den Kampf um Bangladesh beisteht. Zudem begründet er eine bis zum Zerfall des Sowjetreiches 1991 bestehende "special relationship" der beiden Staaten, und für Delhi einen außenpolitischen Kurs, den man am treffendsten wohl als "pro-sowjetische Blockfreiheit" bezeichnen kann. Eine solche hatte ja bereits Nehru

im ökonomischen Bereich angestoßen, indem er sich mit seiner pointiert planwirtschaftlich und schwerindustriell ausgerichteten Wirtschaftspolitik der "mixed economy" an das sowjetische Entwicklungsmodell anlehnte.

Die Schwächung des Erzfeindes Pakistan durch den militärischen Sieg Ostpakistans und Indiens über die westpakistanische Armee, am 16. Dezember 1971, die Proklamation des neuen Staates Bangladesh und das gegenüber Pakistan im Nachzug erzwungene 'Simla-Abkommen', vom Juli 1972, welches fortan die Lösungsversuche der Kaschmirfrage auf eine rein bilaterale Ebene verlagert, untermauerte in vorher nicht gekannter Weise den von der "eisernen Lady" in Delhi anvisierten regionalen Führungsanspruch Indiens in der Weltregion Süd-

asien. Der wird von ihrer Administration im folgenden allerdings in einer solch undiplomatisch-rücksichtslosen Weise durchzusetzen gesucht, daß in Südasien das den indischen Supremator treffend charakterisierende Wort vom "regional bully" - regionaler Tyrann - die Runde macht. Wie störrische Kinder widersetzen sich die kleineren Nachbarstaaten den herrischen Vormachtsgebärden Delhis. Diese Verweigerung, sich bevormunden zu lassen, führte in der Region zu spannungsträchtigen Auseinandersetzungen, die die außenpolitischen Kräfte von Indira Gandhis Indien derart banden, daß es nicht in der Lage war, seinen Ambitionen einer gewichtigeren supraregionalen bzw. internationalen Rolle zielgerichtet und wirkungsvoll nachzugehen. Indien blieb verhaftet in einer regionalen Selbstfesselung.

Daran änderte auch die - auf Initiative Bangladeshs und Nepals zustandekommene - Konstituierung der 'South Asian Association for Regional Cooperation' (SAARC), am 8. Dezember 1985 in Dhaka, zunächst nichts. Indien hatte sich ohnehin lange einer Formalisierung der regionalen Kooperation durch eine solche Staatengemeinschaft widersetzt, weil es glaubte, eine Einflußnahme in der Region am wirksamsten durch bilaterale Beziehungen ausüben zu können. Für viele Jahre sollte die nach dem Vorbild der ASEAN geschaffene SAARC wenig mehr als ein Papiertiger sein. Zu beharrlich noch waren die hemmenden Faktoren für eine Intensivierung der regionalen politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit: Der latente Konflikt mit Pakistan, die machtpolitischen und ökonomischen Dominierungsversuche Indiens in der Region, die durch Indira Gandhis "Südasien-Doktrin" quasi offiziellen Status erhielten, die Tatsache, daß Indien zwar mit beinahe allen Mitgliedern der SAARC gemeinsame Grenzen hat, die übrigen Mitglieder untereinander solche aber nicht besitzen. Die "Südasien-Doktrin" - in der ersten Amtszeit Indiras vorbereitet, in der zweiten deklariert - schrieb vor, im innen- oder außenpolitischen Konfliktfall habe ein jeweils betroffenes Land in der südasiatischen Region zuerst Indien als Moderator zu konsultieren. Damit wurde dekretiert, auf bi- bzw. trilateraler Ebene, jedenfalls intraregional, eine Krisenlösung herbeizuführen, bevor man außerregionale Mächte dazu anruft. Die Anwendung der Doktrin sollte die Führungsentention wie die regionale Selbstfesselung Delhis in den achtziger Jahren fortschreiben.

Die Ära Rajiv Gandhi

Nach der Ermordung Indira Gandhis



Indira Gandhi und Pakistans Premier Zulfikar Ali Bhutto (Foto: Raghu Rai)



Rajiv Gandhi (Foto: 'Sunday')

am 31. Oktober 1984 beerbt sie ihr Sohn Rajiv im Amt des Premiers und Chefaußenpolitikers. Außenpolitisch gerät ihm die Intervention Indiens in den Sri Lanka-Konflikt zum Waterloo. Ab 1983 eskalierte die militärische Konfrontation zwischen den sinhalaischen Streitkräften und den für einen unabhängigen Tamilenstaat im Norden und Osten der Insel kämpfenden 'Tamil Tigers' (LTTE). Somit wuchs der Druck der Landesregierung des südindischen Tamil Nadu auf Rajiv Gandhi, zum Schutz der tamilischen Zivilisten in Sri Lanka aktiv zu werden. Der junge, außenpolitisch unerfahrene Sproß der Nehru-Gandhi-Dynastie entspricht diesem und nimmt mit dem srilankischen Präsidenten Verhandlungen auf, die am 29. Juli 1987 zur Unterzeichnung eines 'Indo-Sri Lanka Accord' führen. Der Vertrag sah für die Streitkräfte Colombos eine Einstellung ihrer Offensive gegen die 'Tamil Tigers' vor; für Indien im Gegenzug die Rolle einer Garantiemacht im Tamilen-Konflikt, gleichsam eine Verpflichtung, in einem festgelegten Zeitraum für die Entwaffnung der 'Tamil Tigers' zu sorgen und den Weg zu freien Wahlen und einem Plebiszit über eine künftige Provinzordnung für den Norden und Osten der Insel zu ebnen. Trotz der Stationierung von bis zu 100.000 Soldaten konnte Indien seinen Part nicht erfüllen. Im Gegenteil: der Bürgerkrieg eskalierte weiter, 3.000 Soldaten auf indischer Seite wurden getötet, ohne daß der Konflikt auch nur annähernd befriedet worden wäre. Der Abzug indischer Truppen aus Sri Lanka im März 1990 dokumentierte eindringlich das Scheitern des von den Nehrus und Gandhis langgehegten Konzepts einer "Pax Indica" in

der Region.

Auch im Hinblick auf eine Verbesserung der indo-pakistanischen Beziehungen konnte die Rajiv Gandhi-Administration nicht reüssieren. Eigentlich erschienen die Bedingungen dazu anfänglich eher günstig, war doch Rajivs weiblicher pakistanischer Counterakteur Benazir Bhutto fast gleichaltrig, ähnlich bildungssozialisiert und mit einem ebensolchen Entspannungswillen ausgestattet. Doch nach dem Gipfeltreffen im Dezember 1988 offenbarte sich, daß einer wirklichen Detente in beiden Ländern zu heftige innenpolitische Widerstände entgegenstanden.

Die außenpolitische Potenz Delhis in der Ära Rajiv Gandhi erodierte vollends durch die radikalen innen-

wie außenpolitischen Veränderungslawinen, die Gorbatschow in der Sowjetunion losgetreten hatte. Dessen Perestrojka-Politik implizierte auch einen Entspannungskurs in Richtung der USA; die Blöcke begannen sich aufzulösen und damit die bisherigen Möglichkeiten Indiens, zwischen denselben nach eigenem Gusto und Nutzen zu lavieren. Die Blockfreien-Bewegung verlor ihre Existenzgrundlage. Der Rückzug des "russischen Bären" aus Afghanistan entzog der sicherheitspolitischen Interessenkonvergenz zwischen Moskau, Kabul und New Delhi ebenfalls jede Basis. Gorbatschows "asienpolitische Initiative" zielte auf Moderierung des getrüben Verhältnisses zu Peking ab und auf eine strategisch und ökonomisch motivierte Interessenumleitung Moskaus auf den asiatisch-pazifischen Raum. Der jahrzehntewährende "kommunistische Bruderzwist" hatte bis dato immer als einer der Hauptantriebsfaktoren der "special relationships" zwischen Indien und der Sowjetunion fungiert. Nun schwand plötzlich Delhis bislang wichtige Rolle in der geopolitischen Strategie Moskaus.

Rajiv Gandhi reagierte, indem er Indien ebenfalls näher an China heranzurücken trachtete. Mit seinem Besuch Chinas im Dezember 1988 - im kurzfristigen Ergebnis unspektakulär - gelangt ihm der vielleicht einzige reale außenpolitische Erfolg. Er machte in puncto Peking den Weg frei für künftige indisch-chinesische Besuchsdiplomatie auf hoher Ebene, die von der Rao/Singh-Regierung mit Verve fortgeführt werden sollte. Denn es galt, die bilaterale Spannungssituation, die durch ungeklärte Grenzfragen und Gebietsansprüche im

Nordosten und Nordwesten Indiens (Aksai Chin), die Lage in Tibet - der Dalai Lama genoß seit Jahrzehnten im nordindischen Dharamsala Asyl - und durch die permanente nukleare Bedrohung durch China erzeugt worden war, abzumildern. Und vor allem: er markierte den ersten Schritt in Richtung eines - jetzt alternativlos gewordenen - radikalen Paradigmen-Wechsels in der indischen Außenpolitik.

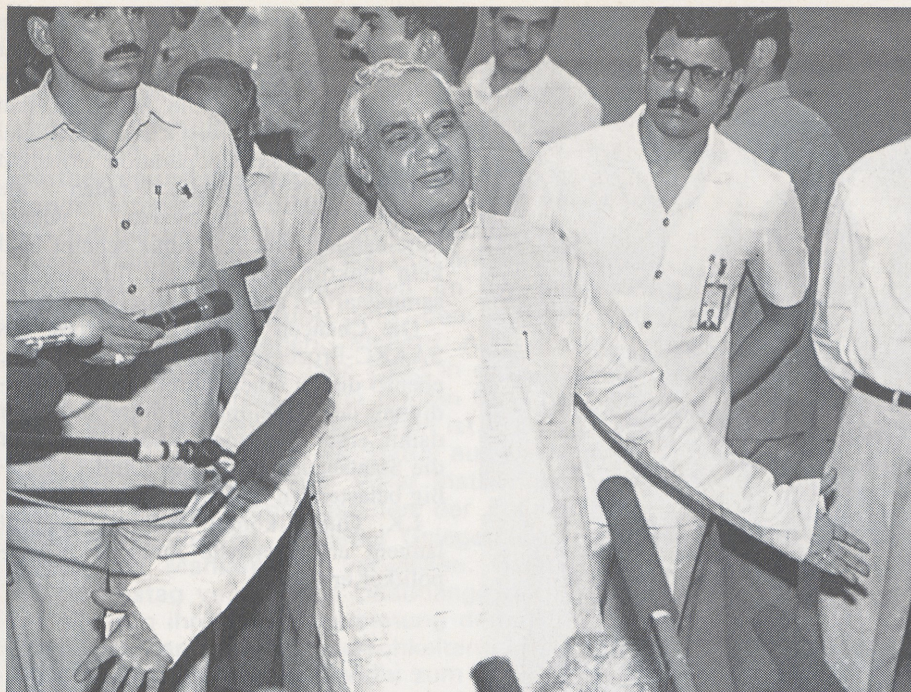
Die Ära Rao/Singh

Die nach dem Attentat auf den Indira-Sohn im Frühjahr 1991 erfolgten Wahlen brachten erneut die Congress-Partei in Gestalt Narashima Raos an die Regierungsspitze. Mit dem Kollaps der Sowjetunion hatte Indien den bedeutendsten Handelspartner und seine osteuropäischen Märkte verloren. Die krisenhafte binnenwirtschaftliche Situation - hohe Auslandsverschuldung, hohe Inflationsrate, riesige Haushaltsdefizite, nurmehr minimale Devisenreserven - zwangen die Rao-Administration dazu, die bereits von Nehru eingeführte, primär planwirtschaftlich orientierte, "mixed-economy"- und "self-reliance"-Politik des "Dritten Weges" zugunsten einer marktwirtschaftlichen Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik nach westlichem Vorbild aufzugeben. Der Effekt war, daß auch die Außenpolitik einen starken ökonomischen Akzent bekam und sich zeitweise faktisch gar auf Außenwirtschaftspolitik reduzierte. Der mit den einschneidenden Wirtschaftsreformen betraute Finanzminister Manmohan Singh wurde damit auch zu einem machtvollen außenpolitischen Akteur Delhis.

Mit der neuen Abhängigkeit von den



Narasimha Rao (Foto: V. Rajagopal)



Atal Behari Vajpayee waren nur wenige Tage als Premier vorbehalten (Foto: Kamal Kishore)

US-dominierten internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank, dem durch die Liberalisierungen gestiegenen Finanz- und Technologieimportbedarf und dem plötzlichen Fehlen des traditionellen Partners im Osten ging gleichsam zwingend ein prononcierterer Annäherungswille Indiens an die USA einher. Ohnedies bestand ja mit Washington Übereinstimmung in puncto des demokratischen politischen Systems, nun auch des Wirtschaftssystems und in der Ablehnung des militanten islamischen Fundamentalismus in der Region.

Schon während des Golf-Krieges, als man amerikanischen Bombern das Auftanken in Bombay erlaubte, hatte man in der US-Hauptstadt eine vorher nicht gekannte Sympathie wecken können. Die zügig gewährten und äußerst üppigen IWF-Kredite konnten als ein Signal der Dankbarkeit verstanden werden. Im April 1991 kam es zu einer Intensivierung der indo-amerikanischen Beziehungen, wieder auf militärischer Ebene: man unternahm gemeinsame Flottenmanöver im Indischen Ozean.

Schon bald jedoch deeuphorisierte sich - trotz anhaltender und sich steigender Auslandsinvestitionen von US-Firmen in Indien - die junge, hoffnungsvoll begonnene Beziehung zwischen den beiden großen Staaten wieder: Die konsequente Weigerung Delhis, dem Atomwaffen-Sperrvertrag beizutreten, das indische Veto zum allgemeinen Teststoppabkommen im Herbst 1996, das neu initiierte indische Raketenprogramm, der indische Mißbrauch von Patentrechten bei der Herstellung von Pharmazeutika - all das verärgerte Washington und erregte das Mißtrauen Amerikas.

Die Beziehungen Indiens zur EU hingegen, welche weitgehend Wirtschaftsbeziehungen sind, bleiben demgegenüber konfliktfrei, was sich 1993 in der Unterzeichnung eines neuen Kooperationsabkommens dokumentierte.

Auch die südasiatische Staatengemeinschaft SAARC wird Ende 1995 mit mehr Leben erfüllt, indem es den Mitgliedern mit dem 'SAPTA-Abkommen' über die Gewährung von Zoll-Präferenzen gelingt, eine Intensivierung des ge-

meinsamen regionalen Handels anzustoßen.

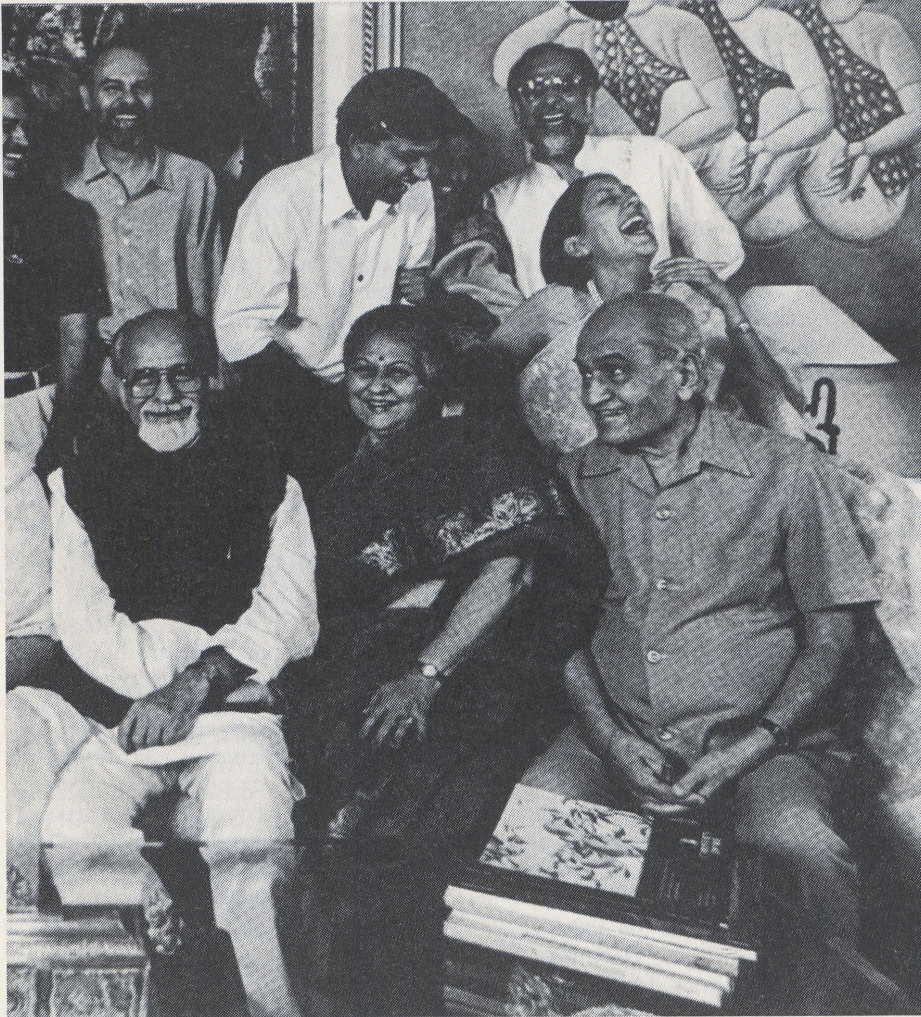
Als Konstituent der Flexibilisierung indischer Außenpolitik während der Rao/Singh-Ära etablierte sich auch das neue Interesse Indiens an der wirtschaftlichen Wachstumsregion Südostasien. Zudem spielte dabei auch der "China-Faktor" eine Rolle. Getreu der bereits in "Kautilyas Staatslehrbuch" im alten Indien nachzulesenden Devise "der Feind des Feindes ist ein Freund", erleichterte die durch das zunehmende militärische Engagement Chinas im südchinesischen Meer gesteigerte Bedrohungsperzeption der südostasiatischen Staaten gegenüber Peking die Zusammenarbeit zwischen ASEAN und Indien.

Nach Bildung eines Kooperationsausschusses 1994 auf Bali, wird Indien 1996 vollgültiger Dialogpartner der ASEAN; im gleichen Jahr erfährt man die Aufnahme in das ASEAN-Regionalforum. Darin praktizieren die Staaten Südostasiens einen regelmäßigen Dialog mit regionalen wie internationalen Großmächten über Sicherheitsfragen. Denn in den ASEAN-Staaten hatte die Einsicht gesiegt, daß ein multilaterales Sicherheitsregime in Asien - als Gegenfaktor zu China - ohne das große Indien nicht zu verwirklichen sei.

Wenngleich das Gesamthandelsvolumen zwischen Indien und der ASEAN noch relativ gering ausfällt und auch die Ambitionen Delhis, in die APEC - die 'Asia Pacific Economic Cooperation' - aufgenommen zu werden, bislang scheiterten, werden die südostasiatischen Ti-



Deve Gowda trat zugunsten I.K. Gujral zurück (Foto: S. Subramaniam)



Indiens gegenwärtiger Premier Gujral (links unten) mit Familienangehörigen (Foto: 'Outlook')

gerstaaten und der kommende südasiatische Tiger Indien künftig zu beiderseitigem Nutzen ökonomisch und sicherheitspolitisch enger kooperieren.

Die gleichzeitige Kontakterweiterung Delhis zu den zentralasiatischen Republiken und zum Iran ist sowohl handels- und wirtschafts- wie sicherheitspolitisch motiviert; im letzteren Kontext dient sie als Instrument der Eindämmung des pakistanischen Einflusses in dieser Region.

Die Ära Gowda/Gujral

Die im Frühjahr 1996 neu bestellte Koalitionsregierung der 'Vereinigten Front' setzte mit in Nuancen eigenem Akzent fort, was die Vorgänger-Regierung auf den Weg gebracht hatte.

Gowda zeigte sich in seiner kurzen, knapp einjährigen Amtszeit eher innenpolitisch orientiert, weshalb er die Gestaltung externer Beziehungen seinem Außenminister Inder Kumar Gujral überließ. Der machte sich - in radikaler Umkehr der Politik Indira Gandhis - engagiert daran, das angespannte Verhältnis Indiens gegenüber seinen kleineren südasiatischen Nachbarn zu verbessern und deklarierte eine neue Südasiapolitik

- die "Gujral-Doktrin": Indien will fortan in der Region einen "Kurs der guten Nachbarschaft" pflegen. Die unsensible Indira-Doktrin, mit ihrer hegemonialen Attitüde, nach der sich Indien nicht selten wie ein Elefant im Porzellanladen Südasiens verhalten hatte, soll endgültig der Vergangenheit angehören und Indien sich von einem Dominator zu einem primus inter pares verwandeln.

Tatsächlich gelang es Gujral, in seiner Funktion als Außenminister und - seit Mai 1997 - in der aktuellen Rolle als Premierminister Indiens, eine spürbare klimatische Verbesserung des Verhältnisses zwischen Indien und den anderen Staaten in Südasiens, einschließlich Pakistan, zu erreichen. Gegenüber Nepal und Bangladesh konnten lang schwelende Streitfragen, u.a. um Wassernutzungsrechte, vertraglich zu beiderseitiger Zufriedenheit geklärt werden. Sogar mit Islamabad kam es zu atmosphärischer Entspannung und, nach über drei Jahren der offiziellen Funkstille, zur Wiederaufnahme des bilateralen Dialogs, zunächst auf Staatssekretärs-, dann auf Außenminister- und, am Rande des diesjährigen SAARC-Gipfels im Mai in Male, auf Regierungsebene. Ohne

schon zu vertraglichen Vereinbarungen oder gar zu einer Annäherung in der Kaschmir-Frage gekommen zu sein, geloben beide Seiten, die Möglichkeiten einer intensiveren wirtschaftlichen und auch politischen Kooperation ernsthaft auszuloten. Jedenfalls reden die traditionellen Erzrivalen wieder miteinander, und Kaschmir scheint bald kein Junktim mehr zu sein für eine Zusammenarbeit auf ökonomischer Ebene.

Die Chancen zur Dynamisierung des SAARC-Prozesses sind damit gestiegen, ebenso die zu einer mittelfristigen Beendigung des Kaschmirkonflikts und einer damit einhergehenden Reduzierung der die Staatshaushalte beider Länder unmäßig belastenden Militärausgaben.

I.K. Gujral könnte sich als der seit langem erfolgreichste indische Außenpolitiker erweisen.

Literatur:

Ahmed, Samina: Sino-Indian Relations in a Changing World, in: Regional Studies Nr 3/1993.

Ayooob Mohammed: India and Southeast Asia. Indian Perception and Policies, London New York 1990.

Basting, Bernd: SAARC - Chance oder Chimäre?, in: Südasiens 4-5/95.

Basting, Bernd: Zum aktuellen Stand der deutsch-indischen Beziehungen, in: Südasiens 6/95.

Basting, Bernd: Die indisch-pakistanischen Beziehungen. Ende einer Eiszeit?, in: Südasiens 2/97.

Braun, Dieter: Indien als Machtfaktor in Asien: neue Gewichtung, in: Aussenpolitik 2/1990.

Gujral, I.K.: India in a changing world, in: Frontline, 22. August 1997.

Harrison, S. Selig/Kemp, Geoffrey: India and America after the Cold War, Washington 1993.

Maaß, Citha D.: Umorientierung der indischen Außenpolitik nach dem kalten Krieg, in: Aussenpolitik 1/93.

Maaß, Citha D.: Die Außenpolitik, in: Dietmar Rothermund (Hg.): Indien. Ein Handbuch, München 1996.

Rüland, Jürgen: Indiens neues Interesse an Südasiens, in: Aussenpolitik 1/95.

Schoettli, Urs: Indien in Südasiens und in der Welt, in: Ders. Indien, Zürich 1987.

Wagner, Christian: Die SAARC: Mehr Kooperation oder indische Hegemonie? in: Guido Eilenberger/Manfred Mols/Jürgen Rüland (Hg.): Kooperation, Regionalismus und Integration im asiatisch-pazifischen Raum, Hamburg 1996.

Wagner, Christian: Indiens weltpolitische Rolle. Neues internationales Selbstbewusstsein, in: Internationale Politik, März 1997.